

«Die EU muss Bosnien an die Brust nehmen»

Wolfgang Petritsch, früherer Hoher Repräsentant in Sarajevo, plädiert für grundlegende Reformen in Bosnien

INTERVIEW: WILLI HERZIG

In Bosnien-Herzegowina hat die politische Dauerkrise ein Ausmass erreicht, das nur mit entschiedenem Engagement der EU beigelegt werden kann, meint Wolfgang Petritsch*. Der herausragende Kenner der Region skizziert einen Ausweg.

BaZ: Herr Petritsch, in Bosnien-Herzegowina setzen sich die Serben zunehmend vom Gesamtstaat ab, während die muslimischen Bosniaken ihn zentralisieren wollen, die Kroaten fordern ihrerseits mehr Autonomie. Droht der Staat auseinanderzufallen?



WOLFGANG PETRITSCH: Die in Bosnien übliche politische Rhetorik, ohnehin oft auf bescheidenem Niveau, verschärft sich im Vorfeld der Parlamentswahlen, die im Oktober stattfinden. Sie spricht mit Vorliebe die zentralen Streitpunkte an: einerseits die bosniakische Forderung nach einem Einheitsstaat, andererseits die serbische Forderung, die Zweiteilung noch zu verstärken. Die führenden Politiker der beiden Strömungen, der Bosniake Haris Silajdzic und der Serbe Milorad Dodik, nehmen mit ihren polemischen Positionen das Land in Geiselhaft – wissend, dass beide Optionen nicht möglich sind, weil sie von der internationalen Gemeinschaft nicht zugelassen werden.

Wie kann den konflikttreibenden Kräften entgegengewirkt werden?

Obwohl ich mich seit Langem sehr intensiv mit Bosnien befasse, sehe ich im Rahmen des Courant normal, des üblichen Weitermachens, keine Lösung.

Was schlagen Sie vor?

Die Europäische Union, frisch gestärkt durch den Lissabon-Vertrag, muss sich jetzt endlich dazu durchringen, Bosnien an die Brust zu nehmen und sich zu engagieren – nicht nur in administrativ-finanzieller Hinsicht, sondern politisch. Das wäre die Voraussetzung.

Was hiesse das konkret?

Dass man einen Plan entwirft, orientiert an der Integration Bosniens wie des gesamten Westbalkans in die EU, mit dem Ziel, aus Bosnien einen funktionsfähigen Staat zu machen.

Mit einer Verfassungsreform?

Es dürfte in eine Verfassungsreform münden. Aber was vorher wichtig ist: Die EU müsste alle Seiten zu einer Art bosnischen «Loya Jirga» einladen, wie man sie aus Afghanistan kennt. Man versammelt alle relevanten politischen Kräfte, die ökonomischen Akteure, die Vertreter der Zivilgesellschaft und diskutiert umfassend über ein pragmatisches, funktionierendes Staatsmodell. Dies unter Berücksichtigung aller Schwierigkeiten, die es in der Vergangenheit gegeben hat, der ethnischen Problematik, der Kriegsfolgen. Dann wird man relativ leicht die wichtigsten Punkte fixieren können.

Nämlich?

Erstens: Es muss ein sehr dezentral organisierter Staat sein, in dem keine



Gelähmter Staat. Nach 14 Jahren politischer Blockade fährt jetzt wieder ein Zug von Sarajevo (Foto) nach Belgrad. Foto Keystone

Volksgruppe ein Vetorecht mehr hat. Die beiden Entitäten, die bosniakisch-kroatische Föderation und die Serbische Republik, können bleiben. Aber in der Föderation, die ihrerseits aus zehn Kantonen besteht, müssen die Strukturen stark vereinfacht werden. Dafür sollten die Kroaten eine bedeutendere Rolle bekommen, eine Art Ersatz für eine eigene Entität. Zweitens müssen Möglichkeiten der Übereinstimmung in Bezug auf die staatliche Zuständigkeit identifiziert werden.

In der Hoffnung, dass die politischen Gegner Hand zu Kompromissen bieten?

Man muss in Bosnien einen Geist der politischen Kooperation entwickeln. Dies auf der Grundlage eines klar definierten Modells eines schlanken Staates, das im Rahmen der EU und mit US-Unterstützung ausgearbeitet wird, damit für alle Seiten klar ist, wie weit es geht. Dann muss man sie, vor allem

«Was ist denn die Herausforderung für die EU, wenn nicht die im eigenen Hinterhof?»

die serbische Seite, zur Kooperation verpflichten. Dazu sollte man Kriterien einführen, die man nach einem Zeitplan gemeinsam überprüft. Die Serben werden frustriert sein, weil es nicht so bleibt, wie es ist. Die Bosniaken werden frustriert sein, weil sie den zentralisierten Staat nicht kriegen. Sie müssen verstehen, dass das in einer multiethnischen Gesellschaft – wie auch in der Schweiz – nicht der Fall sein kann. Zwischen den beiden Extrempositionen gibt es Raum für Kompromisse und Konsens.

Wie soll insbesondere die widerstrebende serbische Seite dazu gewonnen werden?

Die Obstruktion hängt damit zusammen, dass die Serben den Eindruck von Salamiakt haben; kaum würden sie nachgeben, käme bereits die nächste Forderung. Darum ist es wichtig, dass sie das Ende der Fahnenstange absehen können. Je mehr man die Serben in die gesamtbosnischen Strukturen einbindet, desto mehr werden sie zu Bosniern. Ministerpräsident Nikola Spiric, ein Serbe, ist bereits auf dem Weg dazu. Mit der Zeit werden auf beiden Seiten Enttäuschungen und Illusionen abgebaut. Voraussetzung für Fortschritte ist natürlich eine starke politische Führungsrolle der EU über den ganzen Zeitraum bis zu einem Beitritt aller Staaten des Westbalkans.

Müssten auch Bosniens Nachbarn eingebunden werden?

Selbstverständlich muss die EU die Unterstützung von Serbien und Kroatien einfordern. Es braucht vor allem von Serbien eine klare Verpflichtung zur Respektierung des unabhängigen Staates Bosnien-Herzegowina, und man muss klarmachen, dass es andernfalls keine Fortschritte in den Verhandlungen mit der EU gibt.

Haben Unversöhnlichkeit und Nationalismus der Politiker damit zu tun, dass der Dayton-Vertrag 1995 den Konfliktparteien aufgezwungen werden musste, um den Krieg zu beenden, und dass seither nie Vergangenheitsarbeit in grossem Massstab geleistet wurde?

Das spielt mit, hat aber einen tieferen Grund darin, dass der Vertrag auf dem ethnischen Prinzip aufbaut. Dieses bestimmt seither die ganze Politik. Man muss von diesem Prinzip, das damals aus politischer Opportunität verankert wurde, sehr schnell loskommen.

Soll Bosnien längerfristig ein Bürgerstaat werden, in dem alle gleichgestellt sind? Oder sollen weiterhin kollektive Gruppenrechte gelten?

Nein, alle Versuche, die Verfassung zu reparieren, gehen in die Richtung, von Gruppenrechten zu individuellen Rechten überzugehen, wie das in modernen Staaten der Fall ist. Aber Bosnien wird immer stark ethnisch geprägt bleiben, wie alle multiethnischen Staaten. Das sieht man auch in Belgien oder Spanien. Aber die ethnische Komponente darf nicht zu Dysfunktionalität des politischen Systems führen wie heute in Bosnien. Ich bin überzeugt, dass das behoben werden kann. Mein Gott, es wird nie ein Vorbildstaat werden, aber er wird näher an der gesellschaftlichen Wirklichkeit sein und hoffentlich funktionieren.

Jetzt ist also Brüssel am Zug?

Absolut, jetzt ist der ideale Zeitpunkt: die EU mit neuer Kommission, neuen politischen Spitzen, neuem Präsidenten, neuer Aussenministerin – wenn nicht jetzt, wann dann? Was ist denn die grosse Herausforderung für die EU, wenn nicht die im eigenen Hinterhof, im Balkan, wo die nächsten Beitritte stattfinden werden? Wie kann man als anerkannter und glaubwürdiger Partner der USA in Afghanistan oder im Nahen Osten auftreten, wenn man im eigenen Bereich die vergleichsweise einfachen Probleme nicht in den Griff bekommen kann? Man muss es selbstbewusst angehen im Wissen: Das können wir.

* Der Österreicher Wolfgang Petritsch (62) leitete von 1999 bis 2002 in Sarajevo als Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina die Umsetzung des Friedensvertrags von Dayton. Zurzeit ist er Österreichs Botschafter bei der OECD in Paris.

Staat unter Vormundschaft

DREI VOLKSGRUPPEN. Die rund 3,7 Millionen Einwohner von Bosnien-Herzegowina setzen sich aus drei Volksgruppen zusammen: 48 Prozent Bosniaken (Muslime), 37 Prozent Serben (meist Serbisch-Orthodoxe), 14 Prozent Kroaten (meist Katholiken). Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 3790 Dollar zählt Bosnien zu den ärmsten Ländern Europas.

Als Bosnien 1992 im Zuge des Auseinanderbrechens von Jugoslawien die Unabhängigkeit proklamierte, lösten serbische Nationalisten mit Unterstützung der jugoslawischen Armee einen Krieg aus, der im Land mehr als drei Jahre wütete. Etwa 100 000 Menschen wurden getötet, 1,2 Millionen flüchteten ins Ausland, eine weitere Million blieb als Vertriebene im Land. Militärisches Eingreifen der Nato stoppte den Krieg 1995, nachdem serbische Truppen in der Nähe von Srebrenica (Ostbosnien) etwa 8000 Bosniaken ermordet hatten.

VERTRAG VON DAYTON. Unter dem Druck der USA einigten sich die Präsidenten von Bosnien, Serbien und Kroatien im November 1995 in Dayton (USA) auf einen Friedensvertrag, der Bosnien als Verfassung dient: Das Land wurde in zwei «Entitäten» aufgeteilt: in die Bosniakisch-Kroatische Föderation und die Serbische Republik. Darüber steht ein schwacher Gesamtstaat, bei dessen Entscheidungen jede Volksgruppe ein Vetorecht hat und Gesetze blockieren kann. Zugleich machte «Dayton» aus Bosnien ein Protektorat unter Vormundschaft von UNO und EU. Höchste politische Instanz ist der Hohe Repräsentant als Vertreter der Staatengemeinschaft; mit weitreichenden Vollmachten überwacht er die Umsetzung des Vertrags. wh



Ethnisch geteilt. Bosnien-Herzegowina ist mit 51 000 km² um ein Viertel grösser als die Schweiz. Grafik BaZ/reh